

#SozialerFortschritt Für die Vielen, nicht die Wenigen.

NEWSLETTER APRIL 2020

Liebe Dortmunderinnen und Dortmunder,
liebe Genossinnen und Genossen,

das Corona-Virus hält die ganze Welt in Atem. Kein Bereich unseres Lebens, der momentan nicht durch das Virus beeinflusst wird. Auch die Landespolitik wird vor große Herausforderungen gestellt. Es verwundert nicht, dass sich momentan der gesamte Parlaments- und Regierungsbetrieb fast ausschließlich mit den Auswirkungen von Corona beschäftigt. Vielleicht mit Ausnahme von Bau- und Gleichstellungsministerin Ina Scharrenbach, die lieber die schönsten Rathäuser des Landes prämiert anstatt die Frauenhäuser und Frauenberatungsstellen in der Krise zu unterstützen.

Nachdem bereits der Bund enorme Mittel zur Stabilisierung der Wirtschaft und zur Sicherung der Existenz von Arbeitgeber*innen freigesetzt hat, hat auch der Landtag 25 Milliarden Euro für einen Corona-Rettungsschirm beschlossen. Die ersten Nothilfen für Unternehmen und Selbständige werden seit dieser Woche verteilt. Diese Maßnahmen haben wir selbstverständlich mitgetragen, auch wenn wir der Landesregierung konkrete Anforderungen mit auf den Weg gegeben haben, welche Zielgruppen von diesen Hilfen profitieren sollen.

Was wir jedoch nicht mit tragen, ist das Pandemiegesetz, das die Landesregierung am Anfang der Woche vorgelegt hat. Es ist in unseren Augen verfassungswidrig und greift unserer Meinung nach zu tief in grundlegende Grundrechte und die Rechte des Parlaments ein. Ein solches Ermächtigungsgesetz brauchen wir nicht. Die Corona-Krise ist eine Gesundheitskrise, aber noch lange keine Demokratiekrise!

Ich wünsche Ihnen und Euch eine interessante Lektüre! Für alle Fragen stehen die Mitarbeiter meines Wahlkreisbüros und ich Ihnen und Euch trotz Corona und Home-Office selbstverständlich weiterhin zur Verfügung. Ich wünsche Ihnen und Euch frohe Ostern! Bleibt/en Sie gesund!

Mit solidarischen Grüßen

Ihre/Eure

Anja Butschkau



Anja Butschkau Mdl

Wahlkreis:
Dortmund-Hombruch, Hörde,
Lütgendortmund

Wahlkreisbüro Dortmund
Brüderweg 10-12
44135 Dortmund
www.anja-butschkau.de

Fon: 0231 – 58 56 18
Fax: 0231 – 58 56 28
anja@anja-butschkau.de



Corona ist eine Gesundheitskrise, keine Demokratiekrise

Zuerst dachte ich, der Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Pandemiegesetz solle ein verfrühter Aprilscherz sein. Nicht etwa, weil er am 1. April im Landtag beraten werden sollte. Die aktuelle Lage ist zu ernst für Aprilscherze. Das Pandemiegesetz geht nicht nur mir viel zu weit. Es soll die Landesregierung ermächtigen, in einem vom Bundestag ausgerufenen nationalen oder in einem vom Landtag ausgerufenen landesweiten Pandemiefall, tiefgreifende Grundrechtseinschränkungen ohne die Beteiligung des Landtags zu ermöglichen. Zum Beispiel sollten Menschen mit einer medizinischen oder pflegerischen Ausbildung, auch aus dem Ruhestand heraus, zum Einsatz zwangsverpflichtet werden und medizinisches Material enteignet werden können. Der Gesetzentwurf strotzte nur so von juristischen Fehlern. Dass das Gesetz verfassungswidrig sein könnte, das konnte sogar ein staatsrechtlicher Laie erkennen.

Ich finde zudem, dass man solche tiefgreifenden Grundrechtsbeschneidungen nicht per Rechtsverordnung der Landesregierung diktieren darf. Der Landtag kann jederzeit kurzfristig zu einer Sitzung zusammen kommen und über solche Maßnahmen beraten. Unser Parlament ist und wird auch zukünftig arbeitsfähig sein. Wir brauchen keine Entmündigung durch die Landesregierung.

Die Debatte um das Gesetz entwickelte seltsame Züge. Landesregierung und die Regierungsfractionen wollten das Gesetz zunächst ohne Debatte im Plenum, ohne Beratung in den Ausschüssen und ohne Anhörung von Sachverständigen am 1. April durch den Landtag peitschen. Da haben wir natürlich nicht mitgespielt. Der öffentliche Druck stieg sogar dermaßen an, dass weder Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) noch Vize-Ministerpräsident Joachim Stamp (FDP) sich in der Landtagsdebatte am Mittwoch noch für den Gesetzentwurf in der Fassung stark machen wollten. Laschet betonte, dass es ihm wichtig sei, dieses Gesetz zusammen mit der Opposition umzusetzen, was angesichts des zunächst gewählten Verfahrens wenig glaubwürdig erschien. Stamp erzählte stolz von seinen Beratungen mit dem früheren Bundesinnenminister Gerhart Baum, der ihn von der Verfassungswidrigkeit des Gesetzes überzeugte. Nachhilfe hat ja noch nie geschadet...

Am Montag werden wir nun doch eine Anhörung zu dem Gesetz durchführen und damit einem solch weitreichenden Gesetz die notwendige parlamentarische Gründlichkeit gewähren.

Hilfen in der Krise

Bund und Land haben in den letzten Wochen viele Maßnahmen beschlossen und umgesetzt, um in Not geratene Menschen und Unternehmen in der Krise zu unterstützen. Auf meiner Internetseite www.anjabutschkau.de/corona informieren mein Team und ich über verschiedene Hilfen, wie das Kurzarbeitergeld oder den Schutzschirm für die Wirtschaft. Diese Informationen werden noch weiter ergänzt und laufend angepasst. Selbstverständlich helfen auch die Mitarbeiter meines Wahlkreisbüros unter [0231 / 58 56 18](tel:0231585618) oder anja@anja-butskau.de persönlich weiter, wenn



es offene Fragen oder Hinweise gibt. Keine*r muss mit ihren/seinen Sorgen und Problemen alleine bleiben.

Gerne möchte ich auch auf ein Angebot der SPD-Landtagsfraktion hinweisen: Gebt/Geben Sie uns aus Eurem/Ihrem Alltag Hinweise! Wo braucht es jetzt die Hilfe der Landespolitik? Was müssen wir der Regierung mit auf den Weg geben? An welche Bereiche wurde noch nicht gedacht? Wir schauen uns jeden Vorschlag an, bewerten ihn politisch und bündeln die gesammelten Hinweise in konstruktiver Form so, dass sie im Landtag zur Abstimmung kommen können. Hinweise an: nothilfe-corona@spd-fraktion-nrw.de



Weiter Infos zu den Corona-Hilfspaketen: anjabutschkau.de/corona

Unsere Erwartungen an den NRW-Rettungsschirm

In einer Sondersitzung hat der Landtag am 24. März die Bereitstellung von 25 Milliarden Euro beschlossen. Die SPD-Fraktion leistet ihren Beitrag, dass die gesetzlichen Grundlagen für den NRW-Rettungsschirm schnell geschaffen werden. Wir sind uns unserer staatspolitischen Verantwortung bewusst, alles Notwendige dafür zu tun, die Corona-Krise bestmöglich zu meistern. Das tun wir mit einer konstruktiv-kritischen Grundhaltung.

Wir haben viele Gespräche mit betroffenen Gewerkschaften, Verbänden und Trägern der freien Wohlfahrtspflege geführt. Deren Anregungen und Sorgen sind auch in einem Papier eingeflossen, in dem wir unsere Anforderungen an den NRW-Rettungsschirm formuliert haben. Die Hilfen müssen vor allem schnell und unbürokratisch bei den Betroffenen ankommen. Konkret geht es uns um Folgendes:

- Finanzielle Unterstützung der Krankenhausinfrastruktur
- Steuerfreie Auszahlung von Überstunden im Gesundheitswesen
- Landeszuschüsse für Beschäftigte der Uni-Kliniken
- Investitionskostenrefinanzierung für die Krankenhäuser und Kliniken
- Unterstützung der häuslichen Pflege
- Unterstützung von Therapieberufen
- Rettungsschirm für die Sozialwirtschaft
- Soforthilfen für Liquiditätsengpässe für die Freie Wohlfahrtspflege
- Aufstockung des Kurzarbeitergelds
- Rettungsschirm für die Kommunen
- Entschädigung für Kita- und OGS-Beiträge
- Soforthilfe für Handel und Gastronomie
- für Freiberufler, Soloselbständige, kleine und mittelständische Unternehmen
- Finanzielle Unterstützung für Frauenhäuser / Frauenhilfeeinfrastruktur
- Sicheres Wohnen
- Sichere Mobilität
- Sicherung der Vereins-, Verbands-, Sport- und Jugendarbeit

NRW
DIE FRAKTION
SPD

Unsere Erwartungen an den NRW-Rettungsschirm

- ▶▶ Steuerfreie Überstunden-Auszahlung von medizinischem Personal
- ▶▶ Gehaltszuschuss für Pflegepersonal
- ▶▶ Landeszuschüsse für Beschäftigte in den Uni-Kliniken
- ▶▶ Unterstützung der häuslichen Pflege
- ▶▶ Rettungsschirm für die Sozialwirtschaft
- ▶▶ Soforthilfen für die Freie Wohlfahrtspflege
- ▶▶ Aufstockung des Kurzarbeitergelds

#FightCorona 1/2

NRW
DIE FRAKTION
SPD

Unsere Erwartungen an den NRW-Rettungsschirm

- ▶▶ Rettungsschirm für Kommunen
- ▶▶ Entschädigung für Kita- und OGS-Beiträge
- ▶▶ Soforthilfe für Handel und Gastronomie
- ▶▶ Soforthilfen für Freiberufler, Soloselbstständige und KMU
- ▶▶ Unterstützung von Frauenhäusern
- ▶▶ Finanzielle Hilfen für Kleinvermieter & Wohnungsgenossenschaften

#FightCorona 2/2

Kompaktinfo „Damit aus #SocialDistancing #Zusammenwachsen wird“ der SPD-Landtagsfraktion NRW: bit.ly/2xQ2gEE

Wir brauchen mehr als nur Danksagungen – Wir brauchen mehr Wertschätzung!

Wie könnte es anders sein, beschäftige ich mich als Sozialpolitikerin in diesen Tagen verstärkt mit den sozialen Folgen dieses katastrophalen Virus. Und das auch, weil dieser Ausnahmezustand soziale Ungerechtigkeiten gnadenlos offen legt und sie in vielen Bereichen verschärft. Lasst mich einige Beispiele nennen: Während sich viele Menschen im Homeoffice einrichten können und über die Qualität von Telefonverbindungen jammern, gibt es viele, die jetzt im Einzelhandel, in der Justiz, in den Kitas und in der Pflege ihre Knochen für uns hinhalten. Ich möchte daran erinnern: Menschen, die nicht wissen, wie sie mit dem Geld, was sie am Monatsende erhalten über die Runden kommen, wissen jetzt mit 60% oder 67% Kurzarbeitergeld erst recht nicht wie es weiter gehen soll.

Habt Ihr Euch schon mal die Frage gestellt, was mit den Solo-Selbständigen ist, die von heute auf morgen kein Geld mehr zum Leben haben? Was ist mit dem/r Kaffeebudenbesitzer*in, dem/r Friseur*in oder auch dem/r Physiotherapeut*in, dem/r von heute auf morgen die Patient*innen aufgrund bestehender Ängste wegbleiben?

Und was ist mit unseren Kindern, die ja angeblich unsere Zukunft sind? Wie sehen die Bildungsangebote im Moment aus? Und auch hier gilt, dass ungleiche Voraussetzungen zu ungleichen Ergebnissen führen. E-Learning geht leichter, wenn man Tablet, Computer und am besten noch Eltern hat, die bei den Aufgaben helfen.

Und natürlich sieht die Freizeitgestaltung von Kindern in einer 50 Quadratmeter großen Mietwohnung anders aus, als die von Kindern, die mit ihren Eltern im Haus mit Garten leben. Auf Themen wie Gewalt, Missbrauch und soziale Vereinsamung gehe ich jetzt an dieser Stelle bewusst nicht ein.



Mir ist durchaus bewusst, dass die jetzigen Regelungen im Umgang mit dem Virus unumgänglich und richtig sind. Schwarzmalerei im Umgang mit Problemen hilft nicht. Hilfspakete werden geschnürt, Danksagungen werden von allen Seiten ausgesprochen. Gut und richtig!

Und trotzdem möchte ich, dass wir uns immer wieder vor Augen führen: Wir brauchen mehr als Danksagungen. Wir brauchen mehr Wertschätzung für bestimmte Arbeitsbereiche und gesellschaftliche Gruppen. Wir brauchen faire Löhne und eben auch mehr gesellschaftliche Solidarität. Und die hat ganz, ganz viele Facetten...!

Meine Videobotschaft: bit.ly/3dYcXFE

Bleibt zu Hause!

Die Corona-Krise stellt unsere Gesellschaft, vor allem aber unser Gesundheitssystem vor enorme Herausforderungen. Daher war es richtig, das gesellschaftliche Leben in Deutschland herunterzufahren, auch wenn die Folge ist, dass viele Menschen und Unternehmen vor wirtschaftlich sehr schweren Zeiten stehen. Das ist deshalb so wichtig, um Massenerkrankungen zu verhindern, die unser Gesundheitssystem vor den Kollaps stellen. Das ist uns bis jetzt ganz gut gelungen und die meisten Menschen befürworten diese sehr drastischen Maßnahmen auch.



Dennoch gibt es viele Unverbesserliche, die sich nicht an die Kontaktverbotsregeln halten. Klar ist das schwierig. Aber es ist notwendig, wie auch ein Blick in die USA zeigt, wo Corona gerade zu einem solchen Kollaps des Gesundheitssystems führt.

Daher mein Appell: Bleibt zu Hause! Beschränkt Euch auf das Nötigste, um das Haus zu verlassen, meidet jeglichen direkten Kontakte und haltet Abstand voneinander. Das ist schwierig, aber je mehr sich daran halten, desto schneller wird diese Krise vorüber gehen.

Meine Videobotschaft: bit.ly/2V8wyu7

Frauenhäuser benötigen in der Corona-Krise dringend Unterstützung

Die aktuelle Situation rund um Corona stellt die Frauenhilfestruktur – wie die Frauenhäuser und Frauenberatungsstellen – vor enorme Hausforderungen. Unsere Fraktion hat dieses wichtige Thema in einer außerordentlichen Sitzung des Ausschusses für Gleichstellung und Frauen mit der Landesregierung beraten. Leider haben uns die Antworten der Landesregierung nicht in dem Maße beruhigt, wie wir es uns gewünscht hätten.

Gleichstellungsministerin Ina Scharrenbach sieht aktuell keinen dringenden Handlungsbedarf, um weitere Kapazitäten in den Frauenhäusern zu schaffen. Auch wenn der aktuelle Blick auf die Platzvergabe noch geringfügige Kapazitäten offenbart, wird dennoch deutlich, dass sich die Situation mit jedem weiteren Tag verschärfen kann. Dann erst über notwendige Maßnahmen zu beraten, wenn die Kapazitätsgrenze erreicht ist, könnte für viele betroffene Frauen und Kinder zur Verschärfung der Notlage führen.

Konstruktive Ansätze für eine praktische Erleichterung der alltäglichen Arbeit werden im Hinblick auf die Kurzweiligkeit der Krise abgelehnt. Wir sind jedoch der Auffassung, dass alternative Beratungsformen der Hilfestellung in Betracht gezogen werden müssen.

Darüber hinaus müssen die Einrichtungen mit finanziellen Ressourcen unterstützt werden. In dieser Zeit sollten sich die Mitarbeiterinnen nicht noch mit finanziellen Sorgen auseinandersetzen müssen. Wir haben in unserem Forderungskatalog an das Hilfspaket der Landesregierung die besonderen Bedarfe der Frauenhilfestrukturen betont. Leider macht die Ministerin nicht deutlich, ob finanzielle Mittel aus diesem Hilfspaket auch an die Frauenhilfeeinrichtungen fließen werden. An dieser Stellen hätten wir uns konkrete Zugeständnisse gewünscht.

Wir sind uns der gesellschaftlichen Verantwortung für den Schutz von gewaltbetroffenen Frauen und ihren Kindern bewusst und werden uns mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln dafür einsetzen, dass diese Frauen und Kinder geschützt werden.

An dieser Stelle werden wir nicht locker lassen. Wir werden die weitere Entwicklung der Situation in den Frauenhäusern und Frauenberatungsstellen ganz genau beobachten und unsere Forderungen wiederholen.

Informationen über Hilfe bei häuslicher Gewalt: anjabutschkau.de/haeusliche-gewalt



Landesregierung schleift den Mieter*innenschutz

Der von der Landesregierung angekündigte Abbau des landesrechtlichen Mieterschutzes in NRW geht weiter. Ein von Bauministerin Ina Scharrenbach vorgestelltes Gutachten zu vier landesrechtlichen Mieterschutzverordnungen ist eine Mogelpackung. Diese Auftragsarbeit geht an der

Lebenswirklichkeit der Menschen in Nordrhein-Westfalen vorbei. Es ist erschreckend, mit welchem Zynismus über die sozialen Belange der Mieterinnen und Mieter in NRW hinweggegangen wird. Die Behauptung der Ministerin, in NRW gebe es kein Problem mit Mieten, ist blanker Hohn. Die Erfahrung der Mieterschutzvereine in NRW ist eine andere. Diese Landesregierung vertritt nicht die Interessen der mehr als 10 Millionen Menschen, die in Nordrhein-Westfalen in Mietwohnungen leben.

Die handwerklichen Grundlagen des Gutachtens sind alles andere als sachgerecht. Insbesondere die Heranziehung von Bundesdurchschnittszahlen und Durchschnittswerten des Landes Nordrhein-Westfalen machen überhaupt keinen Sinn. Jede*r weiß, dass es in NRW erhebliche Unterschiede auf den Wohnungsmärkten im ländlichen Raum und in den städtischen Ballungszentren gibt. Insofern ist es absurd, Wohnkostenbelastungen anhand des Bundesdurchschnitts für Nordrhein-Westfalen zu errechnen. Das gilt auch mit Blick auf das Einkommensniveau, das in NRW vergleichsweise niedriger liegt als im Bundesdurchschnitt. Es wäre handwerklich seriös und politisch integer gewesen, bei Ermittlung der Wohnkostenbelastungen das Verhältnis von verfügbarem Nettoeinkommen zu Wohnkosten der Menschen in NRW in den Blick zu nehmen. Das ist scheinbar bewusst nicht erfolgt. Im Ergebnis ist damit ein Großteil der sozialen Problemlagen, die wir insbesondere in unseren Städten haben, im Vorfeld 'statistisch bereinigt' worden.

Eine weitere Schleifung von Mieter*innenrechten konnten wir in den letzten Tagen erleben. Die Umwandlungsverordnung, die zunächst bis zum 27.03.2020 befristet war, wurde ohne jede Beteiligung des Parlamentes im Schatten der Corona-Krise abgeschafft. Diese Verordnung schützte Mieter*innen vor Umwandlung ihrer angestammten Wohnung in eine teure Eigentumswohnung. Die Landesregierung wird nun eine Mieterschutzverordnung vorlegen, in der die Gebietskulisse verkleinert ist und nur noch 18 von 396 Kommunen des Landes Berücksichtigung finden. Diese werden wir genau prüfen und eine umfangreiche parlamentarische Befassung des Landtags dazu beantragen.

Burger King will wieder unbequemen Betriebsrat kündigen

Gökmen Yücel ist ein unbequemer Betriebsrat. Daher will ihn sein Arbeitgeber Burger King gerne loswerden. Für mich ein Angriff auf die betriebliche Mitbestimmung und die Rechte von Betriebsräten.

Die Geschäftsleitung von Burger King (Schloss Burger GmbH) beantragte am Arbeitsgericht die Zustimmung zur fristlosen Kündigung von Gökmen Yücel, der Betriebsratsvorsitzender der Filiale im Indupark ist. Das ist das dritte Mal innerhalb weniger Jahre, dass die Geschäftsleitung versucht, den Kollegen fristlos zu kündigen.

Dieses Mal wird ihm vorgeworfen, dass er am 27. Februar am Warnstreik der Kolleg*innen der Systemgastronomie teilgenommen habe. Diese hatten sich vor der Filiale im Indupark versammelt, um einen Branchenmindestlohn von 12 Euro durchzusetzen. Da alle Beschäftigten der Filiale an der Streikaktion teilnahmen, verschloss er für die Dauer Aktion die Tür zum Restaurant, was ihm nun vorgeworfen wird.

Ich stehe solidarisch hinter Gökmen Yücel und unterstütze die Forderung der Gewerkschaft NGG, den Antrag auf Kündigung zurückzuziehen.



Was ich sonst noch so erlebt habe...



Mittendrin statt nur dabei – heute auf der überaus gelungenen und rappendvollen Veranstaltung des Dortmunder Gleichstellungsbüros unter dem Motto FrauenMachtZukunft. Dank unserer Gleichstellungsbeauftragten Maresa Feldmann und ihrem Team hatten wir eine tolle unterhaltsame und informative Feier zum Frauentag.



Mit der WIHOGA Dortmund haben wir in Dortmund eine Wirtschaftsschule, auf die wir stolz sind. Auf höchstem Niveau werden hier Führungskräfte für das Hotel- und Gaststättengewerbe aus- und weitergebildet. Mit meinen Kollegen Frank Müller und Rüdiger Weiß aus dem Schulausschuss im Landtag habe ich mir heute von Schulleiter Harald Becker das Schulkonzept vorstellen lassen.



Beim SV Arminia Marten 08 e.V. habe ich mich über das Engagement der Ehrenamtlichen in dem Verein, den aktuellen Zustand des Sportgeländes und die Pläne des Vereins für die Zukunft informiert. Der Verein kooperiert mit Kindergärten, Schulen, der Jfs Marten und den Tamilstars Dortmund e.V. Für die Zukunft möchte der Verein diese Kooperationen ausbauen. Dafür sind aber Investitionen auf dem Gelände notwendig. Hier werden Ehrenamt, Integration und Inklusion großgeschrieben. Arminia Marten bietet ein Stück Heimat, einen Treffpunkt und Sport für alle Martener*innen.



Arbeitslosenzentren und Erwerbslosenberatungsstellen sind wichtige Anlaufstellen für arbeitslose Menschen, an denen sie am sozialen Leben teilhaben können und kompetente Beratung erhalten. Sie beraten auf dem Weg in Arbeit, vermitteln zu anderen Hilfsangeboten, helfen bei Problemen mit dem Jobcenter und haben oft einfach nur ein offenes und verständnisvolles Ohr für ihre Besucher*innen. Sozialminister Karl-Josef Laumann will die Beratung arbeitsloser Menschen auf neue Füße stellen. Mit dem Ergebnis, das keiner mehr weiß, wie es weiter geht. Mit Nadja Lüders, Armin Jahl und Volkan Baran habe ich mich daher mit Vertreterinnen des Arbeitslosenzentrums Dortmund und der Erwerbslosenberatungsstelle Wendepunkt über ihre Sorgen ausgetauscht. Gemeinsam wollen wir uns dafür einsetzen, dass beide Einrichtungen auch zukünftig ohne Einschränkungen ihrer wichtigen Arbeit nach gehen können.



Die Hauptschule Dortmund-Kley ist seit letztem Jahr eine Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage NRW. Ein tolles Zeichen, wie ich finde. Vor allem vor dem Hintergrund, dass die Schüler*innen Wurzeln in über 60 unterschiedlichen Ländern haben. Mit Schulleiter Olaf Lücke sprach ich heute über die Herausforderungen, aber auch Möglichkeiten seiner Hauptschule. Die Schulleitung, das Lehrerkollegium und die Schulsozialarbeiterinnen leisten eine starke Arbeit, um die Schüler*innen zu einem guten Abschluss und zu einem ebenso guten Übergang in Ausbildung oder Berufsschule zu bringen.